

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

8.12.1932 (No. 288)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Vertreter:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 cm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Kleinbestellungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Beschlüsse übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südbadens in der Zeit vom 16. bis 30. November 1932

Die jahreszeitliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes ging im November dieses Jahres erheblich langsamer vor sich als im vorigen Jahre. Baugewerbe und Bauhilfsindustrie, die Ende Oktober ungefähr die gleiche Arbeitsuchendenzahl aufwiesen wie im Vorjahr, hatten am 30. November dieses Jahres um 8000 Arbeitsuchende weniger als am 30. November 1931. Ferner haben das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und das Berufsbildungsgewerbe eine niedrigere Arbeitsuchendenzahl und in der Textilindustrie, in der sich der Beschäftigungsgrad weiter gebessert hat, ist die Belastung des Arbeitsmarktes nicht höher als im vorigen Jahr. Im ganzen hat sich die Mehrbelastung des Arbeitsmarktes gegen das Vorjahr, die Ende Oktober noch 29 783 Personen betragen hatte, auf 16 247 vermindert.

Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 30. November 288 532 Personen; davon entfielen 119 508 auf Württemberg und Hohenzollern und 169 024 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 267 520 als arbeitslos anzusehen, und zwar 106 971 in Württemberg und 160 549 in Baden.

Die Entwicklung der Unterstützungsstellen in der zweiten Novemberhälfte ergab in der Arbeitslosenversicherung eine Zunahme um 2844 Hauptunterstützungsempfänger, während in der Arbeitslosenversicherung eine Abnahme um 447 Personen eintrat. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war am 30. November 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 37 164 Personen (29 347 Männer, 7 817 Frauen), in der Arbeitslosenversicherung 62 395 Personen (50 392 Männer, 12 003 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2897 oder um 2,5 v. H., nämlich von 97 182 Personen (77 532 Männer, 19 650 Frauen) auf 99 599 Personen (79 739 Männer, 19 820 Frauen) gestiegen; davon kamen auf Württemberg 44 351 gegen 42 549 auf Baden 55 208 gegen 54 613 am 15. Nov. 1932.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südbadens kamen am 30. November 1932 auf 1000 Einwohner 19,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung. Dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 16,8 Wohlfahrtsunterstützte; nach dem vorläufigen Ergebnis der Prüfung vom 30. November 1932 waren 84 486 Arbeitslose aus der öffentlichen Fürsorge unterstellt.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtzeit hauptsächlich von den Vorgängen in folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt ist das verfügbare Arbeitsangebot im November um 1159 Personen gewachsen. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter wurde in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen; verlangt wurden nur junge Kräfte mit Vorkenntnissen. In der Forstwirtschaft konnten mehrere Hundert Arbeitslose aller Berufsgruppen beim Holzschlag untergebracht werden.

In der Industrie der Steine und Erden haben vor allem die Ziegeleien und die Zementindustrie ihre Beschäftigten weiter vermindert, so daß die Belastung des Arbeitsmarktes um rund 700 Mann gestiegen ist. Die Steinbruchindustrie und die Schotterwerke weisen dagegen noch einen günstigen Beschäftigungsstand auf.

In der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate war die Zunahme des verfügbaren Arbeitsangebots nur geringfügig. Größere Entlassungen sind nicht gemeldet worden. Die Metallwarenindustrie, die Uhrenindustrie und die Schmuckwarenindustrie blieben befriedigend beschäftigt und konnten nochmals Arbeitskräfte in geringem Umfang einstellen.

Die Textilindustrie hatte Ende November um 761 Arbeitslose weniger als Ende Oktober. Der Beschäftigungsgrad hat sich vor allem in der Textilfabrikation und in der Textilwarenindustrie weiter gebessert. Auch die Tuchfabrikation war befriedigend beschäftigt, während in der Seidenstoffweberei ein Rückgang eingetreten ist.

In der Papierherstellung und -verarbeitung war eine leichte Abnahme der Arbeitsuchendenzahl festzustellen.

In der Lederindustrie hat sich der gute Beschäftigungsstand gehalten, auffallend schlecht ist die Lage für Tapezierer.

In der Holzindustrie hat sich die Verschlechterung in der Möbelindustrie fortgesetzt; in fast allen Bezirken wurde von den Möbelwerkstätten Entlassungen durchgeführt. Die Sägegewerkschaften mußten ebenfalls zur Verminderung ihrer Beschäftigten schreiten, hat sich aber im großen und ganzen noch befriedigend gehalten. Die Karosseriebranche war für Arbeitskräfte leicht aufnahmefähig.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war der Beschäftigungsstand in der Lebensmittelindustrie mit Ausnahme der Rigarbeiterindustrie noch befriedigend. Das Angebot an verfügbaren Arbeitskräften war in diesem Jahre Ende November um 754 Personen geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Bekleidungsgebiete hat sich die Lage im Schneiderhandwerk und in der Konfektion weiter verschlechtert. Die Beschäftigung der Schuhfabriken war uneinheitlich. In der Schuhindustrie sind die Entlassungen zum Stillstand gekommen. Die Lederhandelsindustrie war weiterhin gut beschäftigt. Die Zunahme des Arbeitsangebots im Bekleidungsgebiete betrug im November 470 Personen.

Im Baugewerbe hat sich die saisonmäßige Verschlechterung in so engen Grenzen gehalten, daß nunmehr die Zahl der arbeitsuchenden Bauhandwerker um 2136 Mann geringer ist als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Letzte Nachrichten

Die Amnestiefrage

Heute vor dem Rechtsauschuß

BR. Berlin, 8. Dez. (Tel.) Die Frage, von deren Entscheidung die Vertagung des Reichstages über Weihnachten oder Weitertragung und Konflikt abhängen, ist die Belastung der Amnestie, über die der Rechtsauschuß des Reichstages heute nachmittag beraten wird. Schon am Mittwoch hatten unverbindliche Vorbesprechungen darüber zwischen den Führern der größeren Parteien stattgefunden.

Vom Plenum sind dem Ausschuss drei Entwürfe überwiesen worden, die von den Nationalsozialisten, den Kommunisten und den Sozialdemokraten beantragt waren. Diese Entwürfe sind zwar äußerlich sehr verschieden, ihr Inhalt deckt sich jedoch im wesentlichen. Die Streitpunkte bilden die Behandlung der Landesverratsfälle und die Behandlung der schweren Verbrechen gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz. Der kommunistische Antrag will beide Gruppen mit amnestieren, der nationalsozialistische wenigstens die zweite Gruppe. Dagegen dürften in dem sozialdemokratischen Entwurf schon die Bedenken der Regierung und der Mittelparteien gegen eine solche Regelung berücksichtigt sein. Es handelt sich nun darum, wenigstens mit den Nationalsozialisten eine Kompromißfassung zu vereinbaren, die gleichzeitig für die Regierung und den Reichspräsidenten erträglich wäre. Nach dem bisherigen Verlauf der Besprechungen rechnet man bei allen Parteien damit, daß es zu einer Einigung kommt, und daß dadurch am morgigen Freitag die Vertagung des Parlaments bis Mitte Januar ermöglicht wird.

Für das Stellvertreterengesetz und die Aufhebung der besonders hart umkämpften sozialpolitischen Bestimmungen der Räteregierungen ist ohnehin im Reichstag eine Mehrheit vorhanden. Und was die sozialpolitischen Reformen angeht, so glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Kabinett schon gleichzeitig mit dem Reichstagsbeschluss die entsprechenden Maßnahmen von sich aus treffen wird.

2 600 000 Wohlfahrtsunterstützte

BR. Berlin, 8. Dez. (Tel.) Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist die Zahl der Wohlfahrtsunterstützten trotz der letzten Besserung der allgemeinen Arbeitsmarktlage weiterhin stark gestiegen und hat am 31. Oktober mit rund 2 600 000 einen neuen Höchststand erreicht.

Diese Zahl, die auf Grund der Statistik des Städtetages ermittelt ist, umfaßt alle arbeitsfähigen Erwerbslosen, die von den Gemeinden laufend unterstützt werden müssen. Sie ist um rund 400 000 höher als die Ermittlungen der Arbeitsämter, die bekanntlich seit August 1932 nur einen Ausschnitt der Wohlfahrtsunterstützten erfassen. Die Gemeinden betreuen augenblicklich über 60 Proz. aller unterstützten Arbeitslosen.

Um die Schuldenraten

Ablehnende Antwort Amerikas an England und Frankreich

BR. Washington, 8. Dez. (Tel.) Staatssekretär Stimson überreichte heute dem britischen Vorkaufster die Antwort auf die zweite Schuldennote. Wie verlautet, ist auch diese Antwort Amerikas ablehnend gehalten. Sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten mit einer Zahlung am 15. Dezember rechnen, daß es lediglich Sache des Kongresses ist, Schuldenabkommen zu modifizieren und daß Hoover dem Kongress empfehlen werde, ein besonders zu schaffendes Organ mit der Prüfung der Schuldenfrage zu beauftragen. — Mit der gleichen Ablehnung hat Frankreich zu rechnen.

Falsche Gerüchte über Beamtengehaltskürzungen. In den Kreisen der Wirtschaft kursieren Gerüchte über bevorstehende Kürzungen der Beamtengehälter. Es wird im Zusammenhang mit diesen Gerüchten behauptet, daß das Weihnachtsgeschäft dadurch gewisse Hemmnisse erleide. Sowohl von den zuständigen Stellen der Reichsregierung, wie auch der kommissarischen preussischen Regierung, wird mit allem Nachdruck erklärt, daß Gehaltskürzungen weder in Aussicht genommen, noch erwogen werden.

Die Aufträge der Reichsbahn. Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn in Höhe von 100 Mill. soll mit 26 Mill. für die Unterhaltung des Oberbaues, mit 33 Mill. für die Erneuerung des Oberbaues, mit 10 Mill. für die Erneuerung sonstiger baulicher Anlagen, mit 4 Mill. für die sog. Neubaurechnung und mit 27 Mill. für Maschinen und Fahrzeuge verwendet werden. Zu diesem letzten Posten verlaute, der „Frankf. Hg.“ zufolge, daß 7 Mill. davon auf Aufträge an die Waggonindustrie entfallen und 0,5 Mill. auf Lokomotivbestellungen.

Auf dem Arbeitsmarkt für gewirtschaftliches Personal führten die jahreszeitlichen Einflüsse zu einem weiteren Anwachsen der Stellenuchendenzahl, die gegen Ende Oktober um 194 männliche und 270 weibliche Personen gestiegen ist.

Im Bergbau konnte die Reichsbahn in einigen Bezirken eine größere Anzahl von Arbeitern einstellen; in anderen Bezirken aber mußten wegen Verringerung der Arbeiten eine noch größere Anzahl von Arbeitern entlassen werden. Der Sagenumschlagverkehr in Rehl und Mannheim hat weiterhin nachgelassen.

In den Angestelltenberufen war von der saisonmäßigen Belastung der Arbeitsmarktlage im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsgeschäft erst sehr wenig zu spüren.

Selbstwillige Beteiligung des Publikums an Polizeiaufgaben

Von Regierungsrat Peter, Bruchsal

Für Baden ist die allgemeine Aufgabe der Polizei in § 30 des Polizeistrafgesetzbuchs gesetzlich normiert. Danach haben die Polizeibehörden auch unabhängig von der Strafgerichtlichen Verfolgung rechts- und ordnungswidrige Zustände innerhalb ihrer Zuständigkeit zu beseitigen und deren Entstehung und Fortsetzung zu hindern. Daneben haben wir in Baden eine durch die Novelle zum Polizeistrafgesetzbuch vom 26. Februar 1931 erweiterte Generalvollmacht der Polizeiverwaltung im § 29 des genannten Gesetzes. Diese lautet jetzt: „Für die Fälle von Vorkommnissen, welche die Sicherheit der Personen und des Eigentums oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedrohen, bleibt den staatlichen Verwaltungsbehörden vorbehalten, vorübergehende Anordnungen unter Strafanordnung oder auch ohne Strafanordnung zu treffen.“ Die Polizei hat also diejenigen Aufgaben der inneren Verwaltung, welche zum Zweck haben, den Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzubeugen, sowie derartige Störungen, sofern sie eingetreten sind, zu beseitigen und den Gefahren entgegenzutreten, welche die Gesamtheit oder den einzelnen bedrohen. Dies sind die gesetzlich festgelegten Aufgaben der Polizei, die heute allgemein unter dem Begriff Sicherheitspolizei zusammengefaßt werden. Daneben hat sich ein weiteres Gebiet polizeilicher Tätigkeit entwickelt: die Verwaltungspolizei, in welcher letzterer auch manche Funktion enthalten ist, die lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen der Polizei übertragen wurde. Ein theoretischer Abstecker des Umfangs praktischer polizeilicher Betätigung wird wohl nie erreicht werden können. Mit dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt, mit der Wandlung der Lebensverhältnisse, z. B. über die Lage und den Zustand, mit dem politischen Geschehen ist immer auch eine Änderung in der praktischen Betätigung der Polizei verknüpft. Die moderne Polizei muß mit dem Leben des Volkes verbunden sein, muß mit dem Volke fühlen und denken. Daraus entstehen immer neue praktische Aufgaben, die nicht ohne weiteres in Gesetzen und Verordnungen verankert sind, sondern in dem veränderten Volksempfinden ihre Wurzel haben.

Die Linie, die hier zu verfolgen ist, ist die Schaffung einer Volkspolizei. Es ist mit anderen Worten ein Vertrauensverhältnis notwendig zwischen Polizeibeamten und Publikum. Diesem Gedanken ist auch in Baden durch eine Reihe von ministeriellen Anordnungen Rechnung getragen. Ich erwähne hier auf dem Gebiet der Verkehrspolizei z. B. die Einführung der sogenannten Hinweiszettel, durch die ein von einem Kraftfahrzeug abwesender Führer auf Übertretungen und Polizeiwidrigkeiten aufmerksam gemacht werden kann; ferner auf dem Gebiet der Verwaltungspolizei ganz allgemein die Übertragung von verwaltungspolizeilichen Aufgaben auf die Gewerkschaften, Zweckvereinigungen des Verkehrs mit dem Publikum wie z. B. die Entgegennahme von Gewerbsanzeigen, Anzeigen von Musikaufführungen, An- und Abmeldungen über die Beschäftigung weiblicher Personen im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe sowie die Durchführung von Verwarnungen durch die Inspektionen und Polizeireviere. In dieser Dezentralisation von Verwaltungsaufgaben auf die Polizei ist zugleich eine Maßnahme der Entlastung der allgemeinen Verwaltung und die Möglichkeit der Errichtung von detachierten Polizeireviere (z. B. Durlach, Singen a. S. und Adolphzell), die nicht nur dem „Dienst am Kunden“, sondern auch der Entlastung der allgemeinen Verwaltung dienen. Durch alle diese Anordnungen sind Möglichkeiten geschaffen, den Polizeibeamten dem Publikum näher zu bringen. In diesem Sinne wirken auch die Mitwirkung der Polizei bei der Winternothilfe, die polizeipolitischen Veranstaltungen usw.

Bringen gewisse Tätigkeiten der Polizei, sei es die Hilfsbereitschaft eines Polizeibeamten auf der Straße, sei es der Einsatz der Polizei bei Notfällen (Dammbrüchen, Flußüberereifungen, Brandfällen), diese der Bevölkerung besonders nahe, so liegt es weiter im ureigensten Interesse der Polizei, auch eine freiwillige Mithilfe der Bevölkerung an ihren Aufgaben zu erreichen. Und wo sieht man am wirkungsvollsten an? Schon bei der Jugend, denn das sind die zukünftigen Staatsbürger. Es ist schwer — wir alle wissen es —, denn der Jugend wird leider oft genug die Furcht vor dem bösen Polizeimann im Elternhaus angetragen. Hier muß jede Gelegenheit benutzt werden, dieser unsinnigen Furcht entgegenzuwirken. Eine Gelegenheit hierzu, die wir wahrnehmen können, ist der Verkehrsunterricht durch Polizeibeamte in der Schule. Hier tritt der Polizeibeamte den Herzen der Kinder menschlich näher. Wenn es richtig verstanden wird, wahrlich eine dankbare Aufgabe.

Wie steht es aber mit den Erwachsenen? Hat das Publikum für die Notwendigkeit eines Vertrauensverhältnisses zur Polizei Verständnis? Auf den ersten Anblick ist man leicht geneigt, die Frage rundweg zu verneinen. Und doch ist diese Auffassung nach meiner Überzeugung nicht richtig. Wir dürfen bei der Beurteilung dieser Frage nicht außer acht lassen, daß wir in einer Zeit größter wirtschaftlicher Depression und in einer Zeit großer politischer Spannungen leben.

Die Polizei hat eine repressive (abwehrende) und eine präventive (vorbeugende) Funktion. Die repressive Funktion äußert sich in Richtung der Strafverfolgung, die mit einer Strafe oder auch einer Verwarnung ihren Abschluß findet. Dieser repressiven Funktion geht fast in allen Fällen die präventive Funktion voraus, die in Verordnungen oder Bekanntmachungen, Hinweisen oder Verwarnungen vor Gesetzesübertretungen schließt und solche möglichst vermeiden will. Es unterliegt ja keinem Zweifel, daß die präventive

1932

chiedene
is, mit
ferner
ameri-
nd und
des fur-
Bemü-
Berlauf
istlichen
inspektor
uch, auf
aufgehä-
die mar-
denie-
siffe der
offschlag
a einem
te Gold
Betrag
anderer-
schöne

bbfin
n Band-
n die
Parrer
man
vereins.
s Wadi-
nahm
vereins.
de. Er
der
wurde,
zu fin-
In
schleier
Erzäh-

Schauer,
ein
aulichen
nungen
a wo es
ebe und
Dege-
ist schon
int mit
n. Der
Marie,
farbig
en aus
lustrier-
t deut-
männig-
lichlich
bele von
s seiner
ie Sel-
Mathe-
igkeiten
sien an
e. Sou-
eine Zu-
des
Dörfler,
Ludwig
Theater,
diesem
beliebte-

nitig“ —
Führer
zu brin-
u Schul-
Führer
er will
erinnen
Jugend
Befehle
unter-
und der
Bir fin-
wie
Dominik,
as, der
„Emil

n-Wolfs-
e Heim-
deutschen
nahmen
er Phil-
erklieber
me an-
Instru-
speziell
on Mit-
lich sei
altungs-
em Ge-
weit
imungen
ist diesen
von der
Strafe
Langgö-
re-Schall-
find er-
wirkliche

Funktion der polizeilichen Aufgaben auch die für den Polizeidienst angenehmere Tätigkeit ist, und wenn wir die vergangenen Jahre zurückblicken, dann glauben wir sagen zu können, daß die Polizei in dieser Richtung schon Tüchtiges geleistet hat. Denken wir auch hier wieder an die Verkehrserziehung. Der Umfang des Verkehrs und die Anzahl der Kraftfahrzeuge ist in den Jahren 1925/30 um ein Mehrfaches gestiegen, während die Verkehrsunfallziffern im gleichen Zeitraum, relativ genommen, nur wenig gestiegen sind. Etwas ungünstiger liegen die Verhältnisse außerhalb der Städte. Dies ist sicherlich zu einem guten Teil auf die Anstrengungen der Polizei in der Erziehung des Publikums, Kraftfahrzeugführern, Radfahrern und Fußgängern zurückzuführen. Die sogenannte Verkehrspropaganda der Polizei in den größeren Städten (Verkehrswochen usw.) ist nicht ohne Erfolg geblieben.

Aber auch bei der Verbrechensaufklärung ist die Polizei oft auf die freiwillige Mitwirkung des Publikums angewiesen. Veröffentlichungen in den Tageszeitungen, Plakatanschläge, Kinofilmbriefe, Veröffentlichungen im Unterhaltungsrundfunk sind Mittel, durch die das Publikum zur Mitarbeit aufgefordert werden kann. Auch die „Volksstimme“ hat schon manchesmal auf die richtige Spur geführt. Die Bedeutung der Presse für die Erfüllung polizeilicher Aufgaben ist heute allgemein anerkannt. Durch Pressebesprechungen und nötigenfalls durch Besichtigung der Presse mit schriftlichen amtlichen Nachrichten (z. B. im Polizeibericht) läßt sich die sachliche Mitarbeit der Presse bei polizeilichen Aufgaben fördern.

Wertvoll, um ein Beispiel organisierter Selbsthilfe des Publikums zu nennen, ist vielfach auch die Unterstützung der Polizei durch die Wächter der Nacht- und Schließgesellschaften gewesen. Organisierte Mithilfe ist gewissermaßen auch die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehrgesellschaften. Organisierte Mithilfe erfährt die Polizei ferner bei Unglücksfällen und außerordentlichen Notständen auch durch die Tätigkeit der freiwilligen Sanitätskolonnen und die übrigen hierher zu zählenden Organisationen. Eine erst kürzlich entstandene, aber sehr bedeutende Mitwirkung der Bevölkerung für die Polizei liegt ferner auch in der Organisation des sogenannten passiven Luftschutzes.

Sowohl die präventive wie auch die repressive Funktion der Polizei bringen also weitgehende Möglichkeiten für ein unterstützendes Verhalten des Publikums. Die Erreichung dieser Mitwirkung ist gewiß ein psychologisches, aber sehr wichtiges Moment. Gelänge es, das Publikum soweit zu bringen, daß es diese Mitwirkung voll aufnimmt, so wäre damit für die Polizei ein wesentlicher Teil ihrer Aufgaben erfüllt. Wäre theoretisch gesprochen, gewissermaßen die Gesamtfunktion der Polizei zum Allgemeinut des Publikums geworden, dann wären wir in einem Idealszustand, in dem wir keine Polizei mehr nötig hätten.

Die Völkerbundstagung in Genf

Eine deutsche Erklärung

zum Mandschurei-Konflikt

Im Verlauf der Aussprache der Völkerbundversammlung über den chinesisch-japanischen Konflikt gab am Mittwoch Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath eine Erklärung ab, in der es heißt, gerade Deutschland habe ein ganz besonderes Interesse daran, daß das Instrument des Völkerbundes sich als geeignet erweist, alle in der Entwicklung des Völkerlebens auftretenden Konflikte auf friedlichen Wege zu einer gerechten Lösung zu führen. Es müsse durch ganz präzise und im Konfliktfall sicher funktionierende Verpflichtungen der Staaten der Möglichkeit des Einsatzes militärischer Mittel vorgebeugt werden. Der mandschurische Konflikt sei eine nur allzu handgreifliche Bestätigung der Wichtigkeit dieser Bemühungen. Der deutsche Außenminister fuhr fort:

Neben dem mandschurischen Konflikt harret hier in Genf ein anderes Problem der Lösung, das die ganze Welt bewegt. Dieses andere Problem steht hier nicht zur Diskussion, aber die Betrachtung des mandschurischen Konflikts überführt uns dazu, uns neben den von mir angeführten allgemeinen Gesichtspunkten eine andere fundamentale Wahrheit vor Augen zu halten. Wollen wir eine wirklich sichere Gewähr dafür schaffen, daß künftige Konflikte nicht nach machtpolitischen Ausgleichen drängen, sondern daß sie ohne Einsatz militärischer Nachtmittel eine gerechte und billige Regelung finden, wollen wir, daß die Autorität des Völkerbundes für diesen seinen höchsten Zweck gestärkt wird, so müssen wir dafür sorgen, daß ein völliger Ausgleich der militärischen Nachtmittel aller Staaten stattfindet. Dieser Ausgleich ist die erste und unbedingte Voraussetzung für eine wirksame Sicherstellung friedlicher Streitfähigkeit, eine Voraussetzung, ohne deren Verwirklichung alle juristischen Mittel, welcher Art sie auch sein mögen, problematisch bleiben.

Die seit neun Monaten unternommenen Verhandlungen auf dem englischen U-Boot „M 2“ sind endgültig gescheitert.

Badisches Landestheater

Das Weihnachtsmärchen:
„Stöpsel bummelt durch die Welt“

Jubel und Freude im ganzen Saal. Besonders natürlich bei der Jugend, die in dieser Adventszeit ihr Recht auf einen Theaterabendmittag zwar von jeher geltend zu machen pflegt, aber noch selten ihre Erwartungen so schon erfüllt gesehen hat. Denn das muß man in erster Linie Karl Jenler, dem Verfasser von „Stöpsel bummelt durch die Welt“, nachrühmen, er hat da ein edles und rechtes Kinderstück geschrieben, und mögen auch in der zweiten Hälfte einige Längen, die übrigens leicht zu beheben wären, sich einschleichen, gleichwohl bleiben die kleinen und großen Zuschauer noch ganz bei der Sache und gehen hochbefriedigt unter fröhlichem Geplapper nach Hause.

Man darf es also sehr begrüßen, daß die Leitung der badischen Landesbühne gerade den Jüngling Stöpsel zu einem Wummel durch die Theaterwelt, die ja des Himmels Höhen und der Erden Tiefe umfaßt, eingeladen hat, und man darf zu nächst auch der Regie (Ulrich von der Trend) zuerkennen, daß ihr diesmal eine meisterhafte Regietat gegliedert ist, insofern es gleich beim ersten und wohl schönsten Bild („Bei den Engeln in Wolfenau“) gelingt, die Trennung zwischen den Geschehnissen auf der Bühne und dem Erlebnis der vielen hundert Kinder, die drunten im Zuschauertraum sitzen, zu überbrücken. Ja, diese spielen bald fast selbst Theater mit und schalten sich schnell in die Handlung ein, wenn dort droben etwas „nicht in Ordnung“ ist oder wenn gar Hans Müller, der den Stöpsel prächtig mimt, ist persönlich mit schmachtender Ware an sie wendet; und noch größer werden ihre Augen, wenn der dumme August (Karl Wehner) über die Bühnenrampe heruntersteigt und mitlaut seinem Vär sich anschickt, ins Publikum einzudringen. Wer in solchen Momenten als stiller Beobachter unter der frohen Kindereschar saß, empfand mit, wie richtig und wirksam gerade dies Mittel gewählt ist, weil es die Bühne eigentlich nur Anlaß zu dem werden läßt, was jedes Kind selbst tun oder wobei es zumindest ganz, ganz nahe dabei sein möchte.

Ron der Handlung sonst sei hier nicht allzuviel beraten,

Die gestrige Reichstags-Sitzung

Vertagung des Reichstags bis Mitte Januar gilt als sicher

Der zweite Tag dieser Reichstags-Sitzung hat, wenn man von dem häßlichen Zwischenfall abliest, der auf der Tribüne begann und sich in Wandelgängen fortsetzte, einen Verlauf genommen, der fast vollkommen früheren normalen Parlamentszeiten entspricht. Die Vertagung der beiden Gesetzesanträge wurde ordnungsmäßig durchgeführt, und zwar so sehr, daß es allgemein eine Überraschung auslöste, als die Vertagung auf Freitag schon gegen 8 Uhr abends verkündet wurde, während man noch eine endlose Rednerliste erwartet und damit gerechnet hatte, daß es mindestens 10 oder 11 Uhr werden würde.

Angeht die Entwicklung des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der Eindruck sich verflärt hat, wonach die Vertagung des Reichstags für Mitte Januar erwartet werden kann. Auf eine einfache Formel gebracht liegen die Dinge folgendermaßen: Das Stellvertretungsgesetz macht keine Schwierigkeiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex gehen die sozialdemokratischen Anträge am weitesten, weil sie die Aufhebung der ganzen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Schon gestern hat sich gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verfallen werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der Lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, sicher angenommen werden. Konfliktstoff ergibt sich daraus also nicht. So kann sich — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten, an die man aber kaum glaubt — am Freitagabend oder spätestens am Samstag der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstags-Sitzung spricht u. a. auch die Mehrheitserklärung, die sich gestern ergab, als von links der Antrag gestellt worden war, den Reichstagskanzler zu zitiieren. Der Antrag wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, die schon am Dienstag in die Erscheinung getreten war. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen dasselbe Bild bieten wird.

Ausschreitungen auf der Tribüne und in den Wandelgängen — Sachliche Arbeit

Die zweite Sitzung des neugewählten Reichstags am Mittwoch führte zu tief beschämenden Ausschreitungen, zu einer wüsten Schlägerei mit blutigen Verletzungen.

Ihren Ursprung nahm die gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten nach einer Rede, die der Kommunist Schneller gegen den nationalsozialistischen Gesetzesentwurf für die Stellvertretung des Reichspräsidenten im Falle einer Verhinderung hielt. Schneller erging sich in dieser Rede in maßlosen Angriffen gegen den Reichspräsidenten v. Hindenburg, die ihm Ordnungsrufe des Präsidiums und schließlich die Wortentziehung einbrachte. Während dieser Angriffe stieß die kommunistische Fraktion Niederrufe gegen den Reichspräsidenten aus. Auf der für die Länderparlamentare reservierten Tribüne stimmte der mecklenburgische Abgeordnete Naandt in diese Rufe ein.

Der Streit setzte sich draußen fort, und aus dem Saale, die Sitzung war wegen des allgemeinen Tumultes von dem Vizepräsidenten Esser unterbrochen worden, stürzten nationalsozialistische und kommunistische Abgeordnete in die Seitengänge, um die Schlägerei, die sich aus dem Tribünenzwischenfall ergeben hatte, fortzusetzen. Mit Telefonapparaten und anderen Einrichtungsgegenständen sind die kämpfenden Parteien aufeinander losgegangen. Die Räume, die den Kriegsschauplatz abgaben, sind beschädigt und besudelt worden. Es muß abgewartet werden, was aus der Untersuchung dieser Affäre herauskommt.

Die parlamentarischen Verhandlungen

selbst liefen ziemlich glatt ab.

Der von den Nationalsozialisten eingebrachte Gesetzesentwurf, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll, wurde außer von den Kommunisten von den deutschnationalen Bekämpf, die darin eine Überwindung des demokratischen Gedankens sehen. Die deutschnationalen beantragten, daß der Reichspräsident seinen Vertreter selbst bestimmen solle. Dr. Breitfeld gab seine Zustimmung zu dem nationalsozialistischen Antrag, ebenso der Wirtschaftsparteiler Dr. Brest. Der deutschnationale Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der nationalsozialistische Entwurf in 1. und 2. Beratung mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Die 3. Beratung konnte infolge des Einspruchs der Kommunisten nicht sofort vorgenommen werden. Sie wird aber sicherlich am Freitag zur Annahme des Antrags führen.

dagegen allen Papas und Mamas Karlsruhes dringend angehen, ihren Lieblingen ja nicht dies Weihnachtsgeschenk des Theaterkonzils vorenthalten, zumal von allen Mitwirkenden — und deren Aufgebot für die sieben Bilder ist wahrlich groß — sehr hübsch und nett gespielt wird. Welche Figuren könnte man da außer dem schon genannten Hans Müller noch besonders hervorheben? Nun natürlich zuerst wieder Paul Müller, der mit seinen köstlichen Musikanten sofort die Herzen aller Kinder auf seiner Seite hatte und ihnen auch verständig blieb, wo er mehr Wert auf einen „guten Woch“ denn auf andere Tugenden legte. Dann aber auch Elisabeth Bertram als allerliebste Engelchen und traute Freundin der Klein-Soa, für die Mariette Frik sogar in der ersten Szene ihres Krankeins den richtigen Ton traf. Daß es allerlei Schwierigkeiten bereitet, einen knappen Märchentext zum Umfang eines Theaterstückes auszuweiten, das merkt man freilich an dem vielen Behwerf, das mit dem Grundmotiv nicht immer viel zu tun hat; doch haben selbst die eingelegten Tänze wenigstens den Vorzug, nichts zu bringen, was dem Charakter und der Aufnahmefähigkeit einer Kinderseele widerstreitet, währenddem die musikalischen Beigaben von Hermann Dettinger trotz Hans Ebbedes sichtlichem Bemühen leider kaum dafür ausreichen. Dennoch: Ein Weihnachtsmärchen, wie wir es schon lange wünschten und das nun endlich auch mit Hilfe der geschmackvollen Dekorationen von Torsten Redt wahr geworden ist.

Badische Kunsthalle Karlsruhe

In der graphischen Abteilung der Badischen Kunsthalle wurde am vergangenen Sonntag die auf sechs Wochen angelegte Ausstellung: Max Steuwig als Graphiker eröffnet, als zweite in der Serie von sechs aufeinanderfolgenden Ausstellungen zur zeitgenössischen Graphik. Das Material dieser Ausstellung ist hauptsächlich einem pfälzischen Sammler, Freund des Künstlers, zu verdanken; es wurde durch Leihgaben der Städtischen Kunsthalle Mannheim ergänzt.

Das neuorganisierte Kupferstichkabinett ist regelmäßig Mittwoch von 11 bis 1 und 3 bis 5 Uhr und Donnerstag von 11 bis 1 und 4 bis 6 Uhr unentgeltlich geöffnet. Zugang durch das Hauptportal.

Der Reichstag trat dann in

die große sozialpolitische Beratung

ein, die sich an die Anträge der SPD, NSDAP, und des Zentrums auf Aufhebung der sozialpolitischen Teile der letzten Notverordnungen, sowie auf die Arbeitsbeschaffung und Gewährung von Arbeitsloshilfe für den Winter knüpfte. Ein kommunistischer Antrag, die bisher noch nicht im Reichstag erschienene Regierung herbeizurufen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten nahmen auch diese Abstimmung zum Anlaß, die Nationalsozialisten als getreue Gefolgschaft des Schleicher-Kabinetts zu bezeichnen.

In der sozialpolitischen Aussprache kamen bisher die Abgeordneten Karfen (Soz.), Börger (NSDAP), Rief (Komm.), Dr. Schmitt (NSDAP) und Schwarz (Bayr. Rp.) zum Wort. Alle Redner, mit Ausnahme des deutschnationalen, wandten sich mit großer Schärfe gegen den in den Notverordnungen enthaltenen Abbau der Sozialleistungen und vor allem gegen die Bestimmungen, die eine Kürzung der Tariflöhne und Gehälter zulassen. Der deutschnationale Redner nahm die Regierung v. Papen gegen die Angriffe ihrer Redner in Schutz, aber auch er erklärte, daß seine Freunde Lohn- und Gehaltskürzungen ablehnen würden. Auf der Rednerliste standen noch viele Namen, als gegen halb 8 Uhr abends die sozialpolitische Debatte abgebrochen wurde.

Ohne jede Aussprache wurden dann die Amnestieanträge dem Rechtsausschuß überwiesen, so daß sie schon in der morgigen Freitags-Sitzung, die um 11 Uhr beginnt, mit den übrigen am Mittwoch verhandelten Vorlagen und Anträgen zur dritten Beratung kommen können. Am heutigen Donnerstag fällt die Sitzung wegen des katholischen Feiertags aus.

Die Prügelei im Reichstag

Bei den Zusammenstößen zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag sind verschiedene Personen verletzt worden. Schwere Verletzungen haben insbesondere Kriminalbeamte erlitten, die sich mit ausgebreiteten Armen zwischen die Streitenden stellten. Ein Beamter hat eine tiefe Kopfverletzung und einer eine Beschädigung des Ellenbogengelenks, offenbar durch Würfe mit harten Gegenständen, davongetragen. Der preussische Landtagsabgeordnete Rohse (NSDAP) und der Reichstagsabgeordnete Böckle (Komm.) erlitten blutende Kopfverletzungen. Genauere Feststellungen über die Schuldfrage werden überhaupt kaum möglich sein, da auf der Tribüne, von der die Prügelei ihren Ausgang nahm, ein wildes Durcheinander herrschte. Die Schlägerei wurde durch einen kommunistischen Tribünenbesucher, einem mecklenburgischen Landtagsabgeordneten, verursacht.

Im Altestenrat ist über den Vorgegang bei den Zusammenstößen ausführlich gesprochen worden, ohne daß die Schuldfrage schon hätte geklärt werden können. Die Reichstagsverwaltung hat einen ausführlichen Bericht dem Präsidenten Göring vorgelegt. Die Folgerungen aus diesem Bericht zu ziehen, ist Sache des Präsidenten, der im Hause das Sausrecht ausübt und Polizeigewalt hat. Die Reichstagsverwaltung bedauert die heutigen Vorgänge vor allem deshalb, weil sie ihren Ausgang von einer bevorzugten Tribüne nahmen, nämlich von der Empore, auf der Angehörige und Ehren Gäste des Reichspräsidenten, der Reichsminister und anderer hoher Behörden Platz zu nehmen pflegen, auf der sonst nur Mitglieder der Länderparlamente und des Reichswirtschaftsrats gegen Vornahme ihrer Mitgliedsarten zugelassen werden. Daher ist anzunehmen, daß gegen eine Wiederholung solcher Vorfälle energische Maßnahmen getroffen werden, wahrscheinlich wird Anweisung gegeben, daß bei ernstlichen Zusammenstößen nur uniformierte Polizeibeamte einschreiten.

Kurze Nachrichten

Eugenberg will nicht Schriftführer sein. Im Reichstage ist am Mittwoch Geheimrat Eugenberg zum Schriftführer gewählt worden, allerdings gegen seinen Willen. Die Nationalsozialisten und Sozialdemokraten hatten bei der Schriftführerwahl den Namen des ursprünglich von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Abgeordneten Luverenz aus den ausgeteilten Listen gestrichen und durch Eugenbergs Namen ersetzt. Daraufhin hat Eugenberg an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin er sagt, daß die Wahl offenbar von einer schwarzrotbraunen Mehrheit vollzogen sei und er die Wahl ablehne.

Dr. Rehl scheidet aus dem Vorstand der DD-Bank aus. Zum Fall Schäfer, Düsseldorf, teilt die DD-Bank mit: Angesichts des Umstandes, daß Schäfer die Vertrauensstellung, die er innerhalb der Bank einnahm, aufs glückliche mißbraucht hat, hat Herr Dr. Rehl als dasjenige Vorstandsmitglied, das reformmäßig im Vorstande die Filiale Düsseldorf bearbeitet, es mit seiner Auffassung von der Verantwortung als Vorstandsmitglied nicht vereinigen können, weiter in seiner Stellung zu verbleiben und hat deshalb dem Aufsichtsratspräsidium mitgeteilt, daß er es als seine Pflicht ansehe, aus dem Vorstande auszuscheiden. Das Präsidium des Aufsichtsrates hat den Entschluß Dr. Rehls mit Bedauern angenommen.

Präsidentenwahl im Schweizerischen Nationalrat. Der Schweizerische Nationalrat hat am Mittwochvormittag mit 85 von 128 abgegebenen Stimmen Nationalrat Dollfus (Kath.-Konfession) zum Präsidenten und Nationalrat Huber (Sozialist) zum Vizepräsidenten mit 99 von 155 abgegebenen Stimmen gewählt.

An Japan ausgeliefert. Nach einer Reuters-Meldung aus Tiflis, haben die Sowjetbehörden den vor einigen Tagen auf sowjetrisches Gebiet geflüchteten und internierten chinesischen General Suiyungwen zusammen mit 40 chinesischen Soldaten den japanischen Militärbehörden in Mandschurien ausgeliefert. Unter den Ausgelieferten soll sich auch General Matsuhanghien befinden.

Kleine Chronik

In Berlin ist der der NSDAP angehörende Ingenieur Bergmann in seiner Wohnung durch das Fenster angepöckelt worden. Der Täter, vermutlich ein politischer Gegner, ist in der Dunkelheit entkommen.

Im Brückeler Vorort Anderst sind bei einem Schneider heute, Donnerstag, eine Reihe kirchlicher Wertgegenstände gefunden worden, die, wie man glaubt, von dem Diebstahl im Säckinger Friedhofsmünster herrühren. Zum Teil sind die Edelsteine herausgebrochen.

In der Elektrizitätszentrale des Marinearsenals in Chatam (England) brach Mittwoch in den späten Abendstunden ein Feuer aus, das große Verheerungen anrichtete. Das Dach der Zentrale ist in seiner ganzen Ausdehnung eingestürzt. Das Arsenal, die Gebäude der Marineverwaltung und die Kasernen sind ohne Strom.

Meldungen aus Hongkong zufolge sind 15 Kriegsschiffe demotiviert, die Lage des gesunkenen japanischen Torpedobootzerstörers „Samarabi“ festzustellen, um ihn zu heben. Man hat jede Hoffnung aufgegeben, die Besatzung zu retten.

Der Wagemann-Plan

Ein Vorschlag zur Reform der Reichsbank

Von Ludwig Reiners

Aus dem eben bei C. H. Beck in München in vierter umgearbeiteter Auflage (19. bis 22. Tausend) erschienenen bekannten Buche von Dr. Ludwig Reiners „Die wirkliche Wirtschaft“. Das Buch stellt bekanntlich eine moderne, gemeinverständliche Volkswirtschaftslehre in Form eines Zwiegesprächs zwischen einem Kaufmann und einem Nationalökonom dar. Die neue Auflage behandelt insbesondere auch die Entwicklung der allerjüngsten Zeit.

A.: In den letzten Jahren hat sich herausgestellt, daß die Goldwährung durchaus nicht mehr in der Weise funktioniert wie in der Vorkriegszeit, und zwar deshalb, weil sie durch die Goldhortungen Frankreichs und Amerikas sabotiert wird. Sollte man daher nicht versuchen, eine andere Form der Goldwährung zu finden?

B.: Ein Vorschlag hierfür ist von dem Präsidenten des Statistischen Reichsamts Professor Wagemann vorgelegt worden. Der Vorschlag soll es der Reichsbank ermöglichen, unter Wahrung der Goldwährung der Wirtschaft in Depressionszeiten eine nachdrückliche Hilfe zu leisten.

Wagemann weißt nicht das bestehende System einfach beiseite, sondern er baut es entsprechend den geänderten Verhältnissen um. Er hält an dem Gedanken der Golddeckung der Noten fest, aber er will diese Golddeckung nur auf die großen Noten über 50 RM beschränken; auch für die Giroguthaben bei der Reichsbank soll künftig eine gewisse Golddeckung unterhalten werden. Die kleinen Noten dagegen brauchen ebenso wenig durch Gold gedeckt zu sein, wie es heute die Münzen sind, welche ja auch ohne jede Deckung kursieren und anerkannt werden (ihr Metallwert beträgt noch nicht ein Zehntel ihres Nennwerts). Die kleinen Noten sollen statt durch Gold nur mehr durch gute Wertpapiere, in erster Linie durch öffentliche Anleihen gedeckt sein; diese Art der Deckung ist ja in England und Amerika seit langem verwirklicht.

Außerdem soll der Buchgeldverkehr der Kreditbanken neu geregelt werden. Den Banken wird vorgeschrieben, die Giroguthaben völlig getrennt von den Sparguthaben zu halten; Giroguthaben sind die täglich fälligen Bankguthaben, über welche der Inhaber jederzeit durch Scheck zu verfügen pflegt und welche daher praktisch als Zahlungsmittel zu betrachten sind. Für diese Giroguthaben wird den Banken auch vorgeschrieben, eine bestimmte Deckung durch Reichsbankguthaben und gute Handelswechsel zu unterhalten. Diese Giroabteilungen müssen von den übrigen Bankabteilungen ganz getrennt sein; ihre Aktiven bleiben selbst von einem Konkurs der Bank unberührt.

A.: Und was hat diese Neuordnung für Vorteile?

B.: Sie hat vier Vorteile vor dem jetzigen System. Erstens gewinnt die Reichsbank einen erheblichen Spielraum, um die Geldversorgung nach ihrem Ermessen zu gestalten. Sie bleibt zwar an die „goldene Kette“ gebunden, aber die Kette ist viel elastischer als früher, weil für einen großen Teil des Notenumschlags die Bindung an den Goldvorrat wegfällt. Das die Kette nicht ganz durchschnitten wird, ist nützlich, weil eine radikale Abkehr von der Goldwährung eine große Verunsicherung schaffen würde.

Zweitens gewinnt die Reichsbank durch den Wagemann-Plan viel bessere Einwirkungsmöglichkeiten. Sie kann nunmehr auch die Buchgeldschöpfung der Banken beeinflussen und kann verhindern, daß im Konjunkturaufschwung zuviel Kredit gegeben wird. Umgekehrt kann sie während der Stodung durch Ankauf von Wertpapieren viel besser helfend eingreifen als jetzt.

Drittens macht die Neuordnung des Buchgeldverkehrs Ereignisse wie den Bankrun vom 13. Juli 1931 unmöglich. Wenn die Bankguthaben in dieser Weise gesichert werden, so ist nie zu befürchten, daß Angststichungen die ganze Wirtschaft erschüttern.

Viertens würden die Kreditverhältnisse der öffentlichen Hand auf diese Weise grundlegend saniert. Reich, Länder und Gemeinden brauchen nicht mehr bei Sparbanken und Banken zahllose kleine Kredite in Anspruch zu nehmen, sondern können diese Kredite ablösen durch Anleihen, welche die Reichsbank ankauft und als Deckung der kleinen Noten verwendet. Banken und Sparbanken könnten hiermit die Finanzwechsel einlösen, welche sie seit der Juli-Krise 1931 an die Reichsbank gegeben haben.

A.: Glaubst du nun, daß eine solche Währungsreform die Überwindung der Wirtschaftskrise herbeiführen könnte?

B.: Währungsreform allein genügt hierfür nicht, aber sie schafft eine der Voraussetzungen für die Überwindung der Krise.

Wagemann weiter für Krediterweiterung

Professor Wagemann führte auf einer Tagung des Wirtschaftsverbandes für den Regierungsbezirk Magdeburg dort aus: Das Institut für Konjunkturforschung habe vor drei Monaten erklärt, der Tiefpunkt der Abwärtsbewegung sei erreicht, und man könne die Wende erwarten. Inzwischen sei die Weltproduktion nicht unerheblich, allerdings im Verhältnis zur Produktionskapazität minimal gestiegen. Die Erzeugung der Rohstoffvorräte habe aufgehört. Wesentliche Produktionsrückgänge seien nicht mehr zu erwarten. Auch glaube er, daß die eigentliche Kreditkrise überwunden sei. Da die Kräfte der freien Wirtschaft zweifellos schon an Werke seien, müsse der Absatz mit Hilfe von Arbeitsbeschaffung gesteigert, für Zins- und Steuerentlastung gesorgt werden. Die Voraussetzung zu einer Belebung der Wirtschaft sei auf jeden Fall irgendeine Art der Kreditausweitung. In diesem Zusammenhang wiederholte Wagemann seine Gedanken über eine Ausdehnung des Girogeldes und seine Forderung nach einer grundlegenden Neugestaltung der Girobanken.

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch die bisherigen Reichsminister Freiherrn von Cahl und Schäffer zur Verabschiedung.

Der Freiwillige Arbeitsdienst

Eine Rede des Reichsarbeitsministers

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup sprach am Mittwoch in Berlin auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, was er ausdrücklich betonte, über Wege, Zweck und Erfolge des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Als der Freiwillige Arbeitsdienst durch die Verordnung im Juli 1931 eingeführt wurde, galt es, durch zusätzliche Arbeiten Hilfe für unsere arbeitslose werktätige Jugend zu schaffen. Die Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes ist zunächst zögernd und langsam vor sich gegangen. Im Oktober v. J. zählten wir rund 300 Arbeitsdienstmilitäre. Am 1. November d. J. war die Zahl von einer Viertelmillion bereits überschritten. Diese Zahl ist im November noch etwas gestiegen. Sie beträgt nunmehr 270 000.

Dem Arbeitsdienst handelt es sich nicht etwa um eine Verrichtung im erlernten Beruf, sondern um eine körperliche Pflichtarbeit, die von jedem Arbeitsdienstmilitären unbeschadet seiner Herkunft nach kurzer Eingewöhnung verrichtet werden kann. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Jugend nach einem beratigen Einsatz ihrer aufgeschulten Körperkräfte verlangt. Die Arbeiten sollen auch möglichst auf dem Lande ausgeführt werden, um die Jugend wieder stärker mit der Natur zu verbinden. Weiterhin müssen die Arbeiten zweckvoll sein. Nutzlose Arbeiten ohne Aufzucht würden den Arbeitswillen und den Arbeitssinn der Jugend schwer schädigen. Notwendig ist es, Leistungsergebnisse zu erzielen, jedoch weniger ausgeprägte Spitzenleistungen — etwa durch Gewährung von Prämien. Weiter müssen die Arbeiten gemeinnützig und zusätzlich sein. Sie sollen den Arbeitsmarkt nicht noch weiter enger machen, sondern Maßnahmen sein, die weiter jetzt noch in absehbarer Zeit ohne Einsatz des Arbeitsdienstes vorgenommen werden könnten.

Die starke Entwicklung des Freiwilligen Arbeitsdienstes — fuhr der Minister fort — habe dazu geführt, daß die dem Reichskommissariat zur Verfügung gestellten Mittel von 45 Millionen RM in den nächsten Wochen erschöpft seien. Mit Zustimmung der Reichsregierung hat die Reichsbank für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung jedoch weitere 25 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Ein Beschluß darüber, in welchem Ausmaß der Arbeitsdienst im nächsten Haushaltsjahr weitergeführt werden soll, konnte von der Reichsregierung bisher noch nicht getroffen werden. Vielfache Anregungen, die Kosten der Bekleidung, Ausrüstung usw. durch zentrale Massenbestellungen zu verbilligen, sind abzulehnen. Die Bekleidung der Wirtschaft, die auch durch den Arbeitsdienst erfolgen soll, soll sich örtlich und bezüglich auswirken. Nach den bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß in dem nächsten Haushaltsjahre mit einem durchschnittlichen Einsatz von 200 000 Arbeitsdienstmilitären gerechnet wird. Insgesamt bedeutet dies eine Aufwendung von 200 Millionen Reichsmark. Diese Zahlen lassen schon von der finanziellen Seite her erkennen, daß die Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstpfllicht nicht leicht zu erfüllen sind, ohne daß der privaten Wirtschaft erneut große Geldmittel entzogen werden.

Zur volkserzieherischen Seite des Arbeitsdienstes führte der Reichsarbeitsminister u. a. aus, daß er neben dieser Berufsarbeit die sinnvolle Ausnutzung der Freizeit, die der körperlichen und geistig-tätigen Erziehung der jungen Menschen dienen soll, prüfen müßte.

Bei der Frage „Frei- u. Arbeitsdienst oder Arbeitsdienstpfllicht“ sei vor allem die Frage entscheidend: „Ist die ideologische Grundlage des Arbeitsdienstes, die eine andere als die der früheren Wehrpflicht ist, trotz der politischen Perspektivierung unserer Jugend bereits so stark, daß die praktische Durchführung der zwangsmässigen Arbeitsdienstpfllicht ohne Gefahr schwerer innerer Spannungen unter den Dienstpflichtigen erfolgen kann? Wird der Geist der Kameradschaft und der Gemeinschaftsgefühls in den Arbeitslagern nicht durch widerstrebende Dienstpflichtige, deren Dienstleistung durch staatliche Zwangsmittel gesichert werden muß, beeinträchtigt?“

Der Reichsarbeitsminister betonte, erst dann, wenn man in vollem Bewußtsein der Verantwortung für unsere Jugend diese grundlegende Frage bejahen, könne man in weitere Erörterungen über die Arbeitsdienstpfllicht eintreten.

Badischer Teil

Einstellung von Polizeianwärtern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Verschiedene Anfragen geben zu folgendem Hinweis Anlaß: Die nächsten Einstellungen in die Polizei werden voraussichtlich im Herbst 1933 erfolgen. Bewerbungsgesuche um Einstellung als Polizeianwärter können ab Anfang Januar 1933 an die Polizei- und Gendarmerieschule Karlsruhe, Moltkestraße 12, gerichtet werden. Von dem Bewerber werden u. a. volle körperliche Tauglichkeit und eine Mindestkörpergröße von 1,70 Meter (ohne Fußbekleidung) verlangt. Dem Bewerber nach können bei den Einstellungen 1933 nur Bewerber berücksichtigt werden, deren Geburtsjahr in die Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 1. Oktober 1915 fällt. Über die Einstellungsbedingungen im einzelnen gibt die Polizei- und Gendarmerieschule in Karlsruhe Auskunft.“

Abänderung der Geschworenen-Verordnung

Durch eine neue Verordnung des Justizministers erhält der § 12 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung über Schöffen und Geschworene vom 28. August 1924 in der Fassung der Verordnung vom 30. Juni 1932 folgenden Wortlaut: „Zugleich werden in jedem Landgerichtsbezirk für die voraussichtlich erforderliche Zahl von Tagungen, mindestens aber für sechs Tagungen die Hauptgeschworenen ausgelost.“

Änderung der Rheinschiffahrtspolizeiordnung

Die Rheinschiffahrtspolizeiordnung wird mit Wirkung vom 1. Januar 1933 wie folgt geändert: „Zwischen Basel und Neuenburg ist die Schifffahrt bei einem Wasserstand von mehr als 4,85 Meter am Rheinfeldener Pegel untersagt. Zwischen Neuenburg und Straßburg ist die Schifffahrt bei einem Wasserstand von mehr als 4,20 Meter am Breisacher Pegel untersagt. Zwischen Straßburg und Lauterburg ist die Fahrt mit Dampfschiffen bei einem Wasserstand von mehr als 5 Metern am Straßburger Pegel untersagt.“

Eingekellertes Verfahren

Das gegen den Leiter der landwirtschaftlichen Abteilung der RDBV, Baden, Dipl.-Landwirt Klesch, anhängige Hochverratsverfahren wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Wanderverkehrs in Baden

Einführung von einheitlichen Wanderermarken

Die Frage des Wanderverkehrs und die damit verbundenen Nebenerschwerden, soweit sie das Land Baden betreffen, waren früher schon Gegenstand von Besprechungen der freien Wohlfahrtspflege mit den maßgebenden Stellen. Diese Besprechungen sind nunmehr zu einem greifbaren Ergebnis gekommen. Die Badische Volksgemeinschaft als Zusammenschluß der Hauptverbände der freien Wohlfahrtspflege in Baden wird sich die Organisation der Wandererhilfe und die Einführung von einheitlichen Wanderermarken zur Aufgabe machen.

Die Inanspruchnahme der einheimischen Bevölkerung seitens der Wanderer wurde in den vergangenen Jahren in unermesslich schwer kämpfenden Grenzland zur Landplage. Die Landstriche bevölkerte sich angesichts der Arbeitslosigkeit als Dauerzustand in erschreckender Weise. Die Wanderer begnügen sich erfahrungsgemäß nicht mit den Leistungen der Fürsorge. Vielmehr wird die Bevölkerung aller Kreise so erheblich in Anspruch genommen, daß dieser unwürdige Zustand im allseitigen Interesse einer durchgreifenden Neuordnung bedarf. Selbst, wenn man berücksichtigt, daß alle diese Menschen nur durch den allgemeinen Wirtschaftsniedergang auf die Straße getrieben worden sind, bedarf es einer Neuordnung, weil sich ein Großteil der vielen unbedienten in Armut und Wirtschaftstot geratenen Familien der Erwerbslosen unter recht harten Existenzbedingungen durchs Leben kämpfen muß, wogegen ein Großteil der Wanderer immer noch ein verhältnismäßig sorgenfreies Dasein führt. Der Wanderer soll zwar auch künftighin das erhalten, was er zum Leben unbedingt bedarf; er wird sich aber um der armen einheimischen Familien willen — für die in erster Linie gesorgt werden muß — bescheiden müssen.

Die Durchführung der „Wandererhilfe in Baden“ liegt bei den örtlichen Organen der freien Wohlfahrtspflege. Richtlinien sind aufgestellt und stehen allen Stellen zur Verfügung. Es muß in allen Gemeinden darauf hingewirkt werden, daß die Wanderermarken im Sinne der Richtlinien zur Einführung gelangen. Die Aktion muß zu einer größtmöglichen Geschlossenheit kommen, damit die Hilfsbereitschaft der Familien nicht über Gebühr in Anspruch genommen und das Wanderverwesen geordnet wird. An alle Haushaltungen wird der dringende Appell gerichtet, unterstützt künftig im Interesse der einheimischen Notleidenden nur noch mit Wanderermarken und vermeidet alle Gaben an Kleingeld, dessen Ausgabe völlig unkontrollierbar ist und dem Wanderer zum Schaden sein kann. Wanderermarken sind überall zum Stückpreis von 2 Pf. erhältlich. Der Gegenwert kann bei den örtlichen Wandererkassen auch mit Lebensmitteln abgegolten werden.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält Verordnungen des Justizministers zur Änderung der Verordnung über Schöffen und Geschworene sowie zur Änderung der Verordnung über die Dienstausführung über die Landgerichte, ferner eine Bekanntmachung des Ministers der Finanzen über die Rheinschiffahrtspolizeiordnung.

Aus der Landeshauptstadt

Zur Bewältigung des Weihnachtsexpressgutverkehrs

hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe wieder umfassende Vorkehrungen getroffen. In den regelmäßig verkehrenden Zügen laufen zur Aufnahme der Expressgutendungen besondere Gepäckwagen, außerdem verkehren vom 19. bis 23. Dezember von Stuttgart nach Köln und Frankfurt a. M. besondere Expressgutzüge, auf die auch die besonderen Expressgutwagen von Freiburg gebracht werden. Die Güter treffen bereits am folgenden Morgen, Stunde 7 in Frankfurt a. M. und Stunde 9 in Köln ein und werden am gleichen Vormittag noch zugestellt. Nähere Auskunft erteilen die Bahnhöfe. Wegen des großen Andrangs in den späten Abendstunden wird zur raschen Abfertigung empfohlen, tunlichst schon in den Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden aufzuliefern. Auf die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Verpackung wird aufmerksam gemacht. Die Anschrift muß dauerhaft angebracht sein und soll auch eingelegt werden, damit beim Fehlen der äußeren Anschrift die Zugehörigkeit unzweifelhaft festgestellt werden kann.

Der Kraftfahrzeugbestand in Karlsruhe. Wie festgestellt wird, betrug am 1. Juli 1932 die Gesamtzahl der Kraftfahrzeuge in Karlsruhe 4595 (1931: 4629). Motorräder aller Art waren 1899 (1769), darunter 779 Kleinkraftmäder (634) und 1120 (1100) und die der Lastkraftwagen 684 (670). Zu den Lastkraftwagen kommen noch die Spezialfahrzeuge für Feuerlöschzwecke, Straßenreinigung usw. 590 Kraftfahrzeuge wurden am 1. Juli 1932 als vorübergehend abgemeldet gezählt.

Das schwere Autounfall in der Gerwigstraße. Das Unglücksauto wurde von dem Schlossermeister Jakob Lehner geführt. Es fuhr mit rasendem Tempo — man spricht von 75 Kilometer — gegen den vor dem Hause, Gerwigstraße 28, stehenden und vorschrittmäßig beleuchteten Lastwagenzug einer Berliner Güterfernverkehrs-Gesellschaft auf. Der Anprall war so stark, daß der vordere Teil des Personalaus vollstän- dig unter den Anhänger gequetscht wurde. Die fünf Insassen kamen von einer Singstunde. Gellende Hilferufe schredten die Nachbarschaft aus dem Schlafe. Der lebige Photograph Alfred Jenne erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und Drosselungen am Unterleib; er liegt in hoffnungslosem Zustande im Krankenhaus. Der getötete Kaufmann Karl Bender erreichte ein Alter von 36 Jahren.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Donnerstagmorgen: Der Durchzug einer Randstörung über Baden liegenden Zyllone brachte in Nordbaden gestern vorübergehend leichte Schneefälle, in der Rheinebene die ersten dieses Winters. Heute herrscht wieder allenthalben trockenes Hochdruckwetter. — Voraussage: Fortdauer der kalten und vorwiegend trockenen Witterung. — Wasserstände: Waldshut 196 — 2, Basel — 04 — 10, Rehl 290 — 8, Maxau 385 — 8, Mannheim 273 — 15, Caub 211 — 5.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	8. Dezember		7. Dezember	
	Geld	Deck.	Geld	Deck.
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.28	169.62
Kopenhagen 100 Kr.	70.83	70.97	70.33	70.47
Italien 100 L.	21.48	21.52	21.38	21.42
London 1 Pf.	13.67	13.71	13.51	13.55
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.43	16.47	16.44	16.48
Schweden 100 Kr.	80.92	81.08	80.92	81.08
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen (Industriebank) Berlin, hat im Interesse der erleichterten Durchführung ihrer jetzt auf das ganze Reich ausgedehnten Gewerkeaktion neben der Kärner auch in München eine Vertretung errichtet. Der Zuständigkeitsbereich der Vertretung Köln umfaßt die Provinzen Rheinland und Westfalen, der von München ganz Bayern mit Ausnahme der Rheinpfalz, die wie die übrigen Teile West-, Süd- und Mitteldeutschlands (also auch Baden) bis auf weiteres von der Berliner Zentrale betreut wird. Bei dem großen Andrang von Kreditgesuchen können zunächst nur die dringlichsten Fälle in Bearbeitung genommen werden.

Süddeutsche Zuder AG, Mannheim. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am Mittwoch beschloffen, der Generalversammlung am 4. Januar 1933 für das am 31. August 1932 beendete Geschäftsjahr vorzuschlagen, aus dem Reingewinn von 4 493 162 (i. V. 4 294 095) RM. eine Dividende von wieder 8 Prozent auf die Stammaktien und wieder 7 Prozent auf die Vorzugsaktien zu verteilen und den um 199 067 RM. auf 2 097 162 (i. V. 1 898 065) RM. erhöhten Gewinnrest auf neue Rechnung vorzutragen.

Belchung der Rheinschiffahrt. In den letzten Tagen kann man — wie aus Mainz gemeldet wird — eine erfreuliche Belebung auf dem Rhein feststellen. Eine Anzahl von Schiffen, die lange Zeit in den „Friedhöfen“ schlummerten, sind wieder auf die Reise geschickt worden. Verschiedene Schlepper, die man lange auf dem Rhein nicht mehr gesehen hat, sind wieder im Dienst.

Generalversammlung Hobi & Bienenberger A.-G., Pforzheim. In der Generalversammlung am Mittwoch der Firma Hobi & Bienenberger, Aktiengesellschaft für Bijouterie- und Steinfabrikation, Pforzheim, wurde die Tagesordnung genehmigt. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde an Stelle von Kommerzienrat Dr. M. A. Strauß, Dr. Moritz Strauß, Karlsruhe gewählt. Jugendwähl wurde Fritz Simon, Einzelprodukt des Bankhauses Strauß & Co., Karlsruhe.

Gemeinderundschau

1933 in Rotensfels Kurbetrieb. Der Verkehrsamt der Gemeinde Rotensfels hat umfassende Vorbereitungen für die Eröffnung des Kurbetriebes in der nächsten Saison in Angriff genommen. Die beim Verkehrsamt eingegangenen Anfragen lassen einen guten Besuch erwarten.

Aus dem Stadtrat Bruchsal. Um unverantwortliche Ausnutzung der öffentlichen Fürsorge bzw. Erleichterung ungerechtfertigter Unterhaltungen zu verhindern, ist ein Mitglied des Stadtratskollegiums bestimmt worden, alle irgendwie zweifelhaften Unterhaltungsfälle genau nachzuprüfen.

Eine kräftige Überschreitung. Der Rechnungsabschluss für den Erweiterungsbau des Krankenhauses in Billingen weist eine Überschreitung von 118 000 RM. auf, die hauptsächlich auf die während des Baues erfolgte Erweiterung des Planes zurückzuführen ist.

Wassergenossenschaft St. Georgen-Langenschiltach. Die Bildung der Wassergenossenschaft St. Georgen-Langenschiltach wurde durch die Staatsaufsichtsbehörde genehmigt. Die ersten Meliorationsarbeiten werden alsbald in Angriff genommen.

Das Kempter Kraftwerk und die Abwasserfrage des Oberrheins. In einer dieser Tage von den Ärzten und Hygienikern der Oberrheinstädte einberufenen Konferenz wurde erneut die Frage der Abwasserhältnisse im Rhein und Seitenkanal unterhalb Basel besprochen. Dabei wurde anlässlich einer Besichtigung des Kempter Stauwehres und Kanals festgestellt, daß durch den Kanalbau eher eine Verschlimmerung der Abwasserhältnisse in und unterhalb Basels zu erwarten ist. Eine Sachverständigenkommission wurde mit der Ausarbeitung einer Denkschrift an die Behörden betraut und zu Referenten Professor Dr. Steinmann, Aarau, und Konservator Rudy vom Rheinmuseum in Jstein ernannt.

Aus dem Gemeinderat Weil a. Rh. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde die Unterstützung der Woffahrtswegwerkslosen neu geregelt. Die Bewilligung der neuen Sätze soll von der Leistung der Pflichtarbeit abhängig gemacht werden.

Badische Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung. Der Kreisverband Waldshut, die Stadtgemeinden Waldshut und Rieggen haben ihren Beitritt als Mitglieder zur Badischen Gesellschaft für Arbeitsbeschaffung erklärt. Auch im übrigen ist die Mitgliederzahl in ganz erfreulichem Maße im Steigen begriffen. Ebenso macht die Zeichnungen von Sparbriefen gute Fortschritte.

Kehler Schulschmerzen. Die Raumverhältnisse der Volksschule in Kehl machen der Stadtverwaltung große Sorge; sie genügen den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr. Der neue Vektor hat den Gemeinderat auf die Notwendigkeit der baldigen Erstellung eines Anbaues an die Wilhelmsschule (ehemals Dorf Kehl) hingewiesen. Auch der Gemeinderat war einmütig der Auffassung, daß der von der Schulleitung geforderte Erweiterungsbau sich nicht mehr lange aufschieben lasse; jedoch war man sich auch im Klaren, daß die Frage der Aufbringung der Mittel — es wird mit einem Bauaufwand von 150 000 RM. gerechnet —, insbesondere aber die Frage der Aufbringung der Zins- und Tilgungsraten für das aufzunehmende Kapital, angesichts der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde sich in nächster Zeit kaum wird lösen lassen. Demnach wurde das Bauamt mit der Beschaffung der für die Weiterbehandlung der Frage nötigen Unterlagen beauftragt.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 7. Dez. Kommunisten benutzten die Gelegenheit des Nikolaustreibens in der Breiten Straße gestern abend dazu, ihre Reden im Sprechchor anzuknüpfen. Verstärkten Polizeidoppelposten gelang es jedoch, die Ansammlungen zu zerstreuen.

H. Neustadt, 8. Dez. Seit einigen Wochen sind die Christbaumhändler aus dem Unterland, aus Württemberg und der Schweiz unterwegs, um den Christbaumbedarf im Schwarzwald einzudecken. Die Preise sind heuer ziemlich niedrig. Von den Händlern werden durchweg 70 Pf. bis 2 RM. pro Baum bezahlt. Die Nachfrage ist recht reger, will doch auch der Armie in der allgemeinen Not wenigstens den Lichtstrahl seines Christbaumes in der Weihnacht haben. Für die darniederliegende Schwarzwälder Holzwirtschaft stellt der Christbaumverkauf andererseits eine gewisse Verdienstmöglichkeit dar, die auch bei den Schwarzwaldbauern dankbar begrüßt wird.

D. Schwann bei Pforzheim, 8. Dez. Hier wurde die 28-jährige Ehefrau Martha Widenmann tot im Bett aufgefunden. Sie ist an den Folgen eines unerlaubten Eingriffes gestorben. Der Vater und das jährige Söhnchen waren verschunden. Die Weiden wurden gestern mittag 12 Uhr als Leichen zwischen Schwann und Ennach in den sogenannten Schluchten in der Nähe der Försterwiese erhängt aufgefunden.

Literarische Neuerwerbungen

Einjame Weltreise. „Was ist das Abenteuerleben großer Männer gegen ein Frauenleben wie dieses“, so schrieb man mit Recht vor zwei Jahren, als Alma M. Karins „Einjame Weltreise“ zum erstenmal erschien und man aus diesem in seiner Art einzigen Meißwert eine zarte, kleine Frau kennenlernte, deren Mut, Ausdauer, Kraft im Ertragen und Überwinden von Leiden und Widerwärtigkeiten, Not, Demütigungen, Anfeindungen und Entbehrungen sich unwahrscheinlich groß gezeigt haben. Acht Jahre lang hat diese junge Frau ein Leben voll Aufopferung und Gefahr geführt, das sonst die Kraft und Energie eines ganzen Mannes erfordert, acht Jahre lang hat sie sich durch die ganze Welt gelämpft. Diese bewundernswerte Fähigkeit und Energie sowie ihre ungewöhnlichen Sprachkenntnisse — sie spricht zehn Sprachen — waren ihr einziges Kapital, das Nötigste zum Leben erwarb sie sich durch journalistische Tätigkeit, als Sprachlehrerin, Zeichnerin, an der Schreibmaschine, oft auch durch harte körperliche Arbeit. Wie kam ihr der Gedanke, ihre Reise aufzugeben, wenn sie auch oft genug fast am Ende ihrer Kräfte war und, betrogen und ausgeraubt, mit wenigen Pfennigen in der Tasche, fremd und unbekannt, im fernen Lande ganz neu anfangen mußte. Im Zwischend unter Schwarzen, Braunen und Mischlingen, unter tausend körperlichen und seelischen Nöten fährt sie durch die Meere der Welt. Durch ihre Armut gezwungen, mußte sie wie eine aus dem Volke leben und ihren Lebensunterhalt erlangen, ohne Waise sah sie die Welt. Ihr war es möglich, das alltägliche Leben der fremden Völker, Sitten und Gebräuche, Glauben und Aberglauben der Menschen, die sie auf ihrer an Abenteuer überreichen Fahrt gesehen, aus nächster Nähe kennenzulernen, und das gibt ihrem Buche den einzigartigen Charakter, die ungewöhnliche Farbigeit, Anschaulichkeit und Lebensnähe alles dessen, was sie mit großem schriftstellerischen Können und warmem Herzen schildert. Das Buch, mit dem sie vor zwei Jahren den Namen begründete, den sie sich durch ihre allgemein anerkannte und bewunderte Leistung geschaffen hat, „Einjame Weltreise. Erlebnis und Abenteuer einer Frau im Reich der Julas und im Fernen Osten“, liegt jetzt schon im 11. bis 30. Tausend vor. Als ungekürzte Volksausgabe zu vollständigstem Preise (304 Seiten Text, Preis 2,85 RM.) ist das Buch soeben im Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W., neu erschienen und zwar, im Gegensatz zur Erstausgabe, reich illustriert.

Im Indianer-Dschungel Südamerikas. Ins Innerste Brasiliens, zu den kaum erforschten Indianerstämmen der undurchdringlichsten Urwälder des Amazonasgebietes, und in die grüne Hölle des Gran Chaco führen uns diese beiden unter dem Titel „Im Indianer-Dschungel Südamerikas“ erschienenen Erlebnisberichte einer Forschungsreise von Ernesto Wagner (Wilhelm Köhler Verlag, Minden i. W., 240 Seiten Text, 7 Bildtafeln, in Ganzleinen, und Preis 3,85 RM.). Es ist uns, als lebten wir, wie der Verfasser selbst, monatelang das Leben dieser noch heute auf der Stufe der Urmenschen stehenden Naturvölker mit, in Alltag und Feier, auf Jagd und Kriegszug, mit Hochzeit und Tod, Zauberei und Dämonenglauben. Ein mit Spannung und Abenteuer geradezu geladenes Buch, ein wertvolles Geschenk für jeden Freund abenteuerlicher Erlebnisbücher.

Michel de Montaigne: Die Essais und das Reisetagebuch. In den Hauptteilen herausgegeben und veredelt von Prof. Paul Saemann. (Kröners Taschenausgabe Band 101. Alfred Kröner Verlag, Leipzig. Leinen 3,50 RM.). — Montaignes „Essais“, das unsterbliche Bekenntnis zur Wahrheit, Weisheit, Lebenskunst und Güte, von literarischem und philosophischem Welttraum seit Jahrhunderten beklagt, wieder und wieder gelesen, beklagt, bewundert, nachgedacht, voll sprühenden, gitzelnden Lebens: Prof. Saemann legt hier das umfangreiche Werk in allen literarischen und gebanklichen Hauptteilen neu übertragen vor, in einer vollständigen, erstmalig auf der kritischen Strovoßs beruhenden Ausgabe. Er erfüllt den Freunden des Geistes und Wises, allen Freunden besinnlicher Abende mit dieser arten neuen Verdeutschung einen längst gehegten Wunsch. Den „Essais“ hinzu fügte er zur Verdeutschung der Person und Zeit Montaignes das „Reisetagebuch“, das unbestechliche, farbige Kulturbild des ausgedehnten 16. Jahrhunderts. Wir werden im kommenden Februar Montaignes 400. Geburtstag feiern. Sein kostbares Buch aber lebt wie am ersten Tag.

Ärel Eggebrecht: Junge Mädchen. Mit 32 Bildnisstudien von Hedda Walthers. (Größe 17 x 25 Btm. In Leinen 4,80 RM. Verlag von Dietrich Reimer, Berlin.) — Das Bild des nützigen jungen Mädchens von heute zeichnet Ärel Eggebrecht: Wie es geworden ist, und wie es heute aussieht. Sein Buch will keine leeren Hymnen singen, keine nichts sagende Götteranbetung treiben; aber auch keine überkritischen Untersuchungen anstellen. Er umkreist in einer Reihe von Schilderungen, Aufzeichnungen und Betrachtungen die Gestalten der Dreizehn- und Sechzehnjährigen. Ergänzt werden diese Aufzeichnungen durch eine Reihe von einzelnen, charakteristischen Lebensläufen — oder besser: Anfängen von Lebensläufen. Dazu nun hat Hedda Walthers, die ausgezeichnete Fotografin so vieler und vielerliehener Bücher von Tieren und Menschen, in 32 großartig klaren und unmittelbaren Bildern Gestalt und Wesen dieser jungen Mädchen eingefangen. Jeder einzelne von diesen Körpern und Köpfen besingt tiefe Einsicht und beglückte Zuneigung. In immer neuen Abwandlungen erlebt man Ruhe und Spannung, Kraft und Lässigkeit, Fülle und Kühle dieser jungen, vor dem Start ins Leben stehenden Wesen.

Joe Lederer: „Bring mich heim.“ Roman. (Pappe 4,50, Leinen 5,50 RM. Universitas Deutsche Verlags-G., Berlin.) — Joe Lederers Romane leiteten die inzwischen so populär gewordene „Mückler“ zu neuen „Herzlichkeit“ ein. Noch aber hat niemand die Innigkeit und den Zauber von Joe Lederers Büchern erreicht. Sie ist diejenige, die in unserer zerrissenen Zeit Kraft und Sammlung für den wahrhaften Roman der Liebe findet. Das beweist auch dieses neue Buch. Der Zauber und die Gefühlstärke, die bisher den tragischen Untergang von Joe Lederers Frauengestalten so erschütternd machten, kommen in dem glücklichen Ausgang dieses Romans erst recht zur schönsten Entfaltung.

Bergengruen, Werner: Zwieselchen und Zuru-Me. Humorvolle Erlebnis. Mit 9 Einhaltsbildern von Fritz Kredel. 48 Seiten. Format 12:17 Btm. Mit mehrfarbigem Einband, Pappband 85 Pf. Thiemeemanns illustrierte 85-Pf.-Bücher. A. Thiemeemanns Verlag, Stuttgart. Für Vier- bis Neunjährige. — Zwieselchen ist ein lieber, netter kleiner Kerl von vier oder fünf Jahren, den schon viele, viele Kinder inniglich in ihr Herz geschlossen haben. Von ihm ist schon in manchem dieser hübschen und billigen Bücher die Rede gewesen. Auch diese Geschichte wird Spaß machen, und die Kinder werden das Zwieselchen noch viel mehr lieben als vorher.

Heinberg, Erna: Estrid und Karen. Eine Erzählung für junge Mädchen. Aus dem Dänischen überseht von Pauline Kläber-Gottschau. Mit 4 farbigen Bildern von Marianne Schneegans. 108 Seiten. Oktav. Halbleinen 2 RM. Thiemeemanns illustrierte Zwei-Mark-Bücher. A. Thiemeemanns Ver-

lag, Stuttgart. Für Zehn- bis Sechzehnjährige. — Wieder einmal ein echtes frisches Jungmädchenbuch, ohne Sentimentalität und süßliche Betrachtungen! Der Stoff ist unmittelbar dem Leben entnommen. Nachdrücklich sind die Bilder von Marianne Schneegans zu loben; es sind kleine farbige Kunstwerke von erstletem Geschmack und feiner Charakterisierungskunst.

Bridge-Kalender 1933. Herausgegeben von Dr.-Ing. Graf E. Brockhoff. (Union deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart.) — Brockhoff weiß, was der Bridgepieler braucht. So enthält dieser Kalender erstens ein übersichtliches Kalendarium für tägliche Eintragungen: „Wo, wann, mit wem spiele ich?“, außerdem auf 50 Seiten Text eine übersichtliche Darstellung der wichtigsten Regeln für den ständigen Spielgebrauch mit praktischer Gegenüberstellung von Kontraktbrücke und Vanderbiltbrücke nach Culbertson, Kampferwertabellen u. a., eingeteilt in 12 Kapitel, je eines für den Monat. Dabei sind die neuesten vom Fortlandclub angenommenen Änderungen bereits berücksichtigt.

Zeitschriftenbau

Atlantis, Das Dezemberheft der von Dr. Martin Hürlmann geleiteten Monatschrift „Atlantis“ (Verlag Bibliographisches Institut AG, Leipzig) ist eine Art weihnachtlicher Sondernummer über das so aktuelle und zugleich zeitlose Thema „Die Familie“. — Im Mittelpunkt steht eine glänzende geschriebene Abhandlung des Grafen Hermann Rehring, „Von Ewigem der Familie“, die eine Fülle schöner Gedanken und Anregungen enthält, und eingeleitet wird es durch eine vom Herausgeber vorgenommene Zusammenstellung von Schriften Bestalozzis, die wie ein flammender Aufruf an den Menschen von heute wirken. — Dr. Neumann gibt uns weitestgehend ethnologischer Kenntnis heraus eine Übersicht über die mannigfaltigen Formen der Familie bei den Völkern der Erde, Ding Tsufun erzählt vom Familienfult seiner chinesischen Heimat, Werner Hegemann von den Sonderlichkeiten amerikanischer Familienlebens, und Frau Sowjetminister Kollontaj legt den materialistischen Standpunkt des heutigen russischen Regimes zum Familienproblem in unmissverständlicher Deutlichkeit dar. Ganz anders tönt natürlich, was der Jesuitenpater Madermann und der hervorragende protestantische Theologe Emil Brunner zum gleichen Thema zu sagen haben, und auch die Stellungnahme von Professor Max Huber, dem Präsidenten des Nöten Kreuzes und langjährigen Vorsitzenden des Saager Schiedsgerichts, von Prof. Hellbach, dem ehemaligen Staatspräsidenten von Baden, und Heinrich Mann ist von der russischen denbar verschieden.

Staatsanzeiger

Dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geld- und Sachlotterie erteilt. Karlsruhe, den 6. Dezember 1932. Der Minister des Innern.

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruweisungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums:

— Wasser- und Straßenbaudirektion. — Planmäßig angestellt:

Die Straßenwärter Ernst Albiez in Urberg, Johann Georg Kallenbach in Oberfimonswald und Bernhard Weiber in Böhrenbach.

Versetzt:

Straßenbaumeister Ludwig Daxhoffer in Trüberg nach Adelsheim, Bauoberinspektor Hugo Schumann in Offenburg nach Trüberg und Baumeister Leopold Madert in Bonndorf nach Borberg unter Übertragung des Straßenbaumeisterdienstes daselbst.

In den Ruhestand treten kraft Gesetzes nach Erreichung der Altersgrenze:

Oberregierungsbaumeister Philipp Ringler, Vorstand des Wasser- und Straßenbauamts Heidelberg, Bauoberinspektor Karl Gutmann in Konstanz, Straßenwärter Ludwig Hartmann in Gölshausen.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:

Verwaltungsassistent Fritz Müller beim Wasser- und Straßenbauamt Vörsach, die Straßenwärter Josef Gmeiner in Löcherberg und Titus Mann in Gölshausen.

Geschäftliches

Strahlend wie der Sternschimmer des Christbaums ist das Gesicht eines jeden Beschenkten, der etwas Erwünschtes bekommt. Zu den willkommensten Geschenken gehören unzweifelhaft Bouteille für die Tafel. Nicht alles, was da geboten wird, hält den versprochenen Ansprüchen im Gebrauch stand; trotz Garantieschein, wie solche Schweinwale heute vielfach verlockend angepriesen wird. Reiche Auswahl nur wirklich erprobter, stützender Qualitätsmarken wird Ihnen in den Spezialgeschäften Geshw. Schmid, Kaiserstraße 88, und Erbprinzenstraße 22 (Firma B. Schäfer), Karlsruhe, geboten. Jeder Kunde wird in diesem streng reell geführten Geschäft. Jedes für seine Weise und Geschmack finden. Die genannten Firmen sind daneben noch die ältesten Karlsruher Fachgeschäfte für feine Solinger Stahlwaren und bieten auch in diesen Erzeugnissen eine Fülle von Einkaufsmöglichkeiten für den Gassenbürger.

Kaimauer im Medarhafen Mannheim

Das Rheinbauamt Mannheim vergibt die Arbeiten zur Unterfangung einer 80 m langen Strecke der Kaimauer im Medarhafen Mannheim auf Grund der Bedingungsordnung vom Mai 1926 in öffentlichem Wettbewerb. Die Arbeiten umfassen: Rammen von 520 qm Eisenspundwand, Bohren und Auspressen von 100 Ankerlöchern im Mauerfundament, 100 cbm Mauererbefestigung aus Beton und Preßbeton. Vergabeunterlagen beim Bauamt erhältlich gegen Voreinsendung von 2 RM. Angebote beschließen mit entsprechender Aufschrift bis 30. Dezember 1932, vorm. 11 Uhr, am Rheinbauamt Mannheim, Partring 39. E. 764. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Möbelhülle vereinigt Wöbelschneiderei e. G. m. b. H. Karlsruhe, Erbprinzenstraße 31, ist Termin zur Stellungnahme und Beschlußfassung der Gläubiger über die Frage der Haftung der Vorstandsmitglieder wegen Verletzung der ihnen obliegenden Verpflichtungen bestimmt auf: Freitag, den 23. Dezember 1932, nachm. 4 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Aktenzeichen S. 2. St. 6. Zimmer Nr. 150. Karlsruhe, den 6. Dezember 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.